Die Hochschulen und ihre Städte im Lauf der Geschichte

am Beispiel der heutigen Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd

Klaus-Jürgen Herrmann

Schwäbisch Gmünd als Reichsstadt besaß schon vor dem Übergang an Württemberg im Jahr 1802 ein funktionierendes Schulwesen, durchaus vergleichbar mit anderen Städten des deutschen Südwestens etwa in den Flächenstaaten Württemberg und Baden. Bereits im Jahr 1189 wird ein „Gmundin scolasticus" – ein Gmünder Lehrer – erwähnt, seit 1295 wenigstens muss die Existenz einer städtischen Lateinschule angenommen werden und seit Mitte des 18. Jahrhunderts ist zudem ein regelmäßiger gymnasialartiger Schulbetrieb im Kloster der Franziskaner belegt.

Die Schultradition in der Reichsstadt wird auch durch Schulordnungen deutlich gemacht: Hier soll lediglich angemerkt werden, dass gegen Ende des 18. Jahrhunderts mit der Errichtung einer „Zeichnungsschule" bereits bemerkenswerte Ansätze für eine Gewerbeschule gemacht wurden – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen, um dem damals dominierenden Schmuckgewerbe der Stadt qualifizierte, d. h. auch über theoretische Ausbildung verfügende Arbeitskräfte zuzuführen.

Es ist deutlich erkennbar, dass besonders im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts der Magistrat Anstrengungen unternahm, das Niveau der Reichsstadtschulen zu heben, um den Anschluss an neue pädagogische und didaktische Zielsetzungen nicht zu verlieren. Ausschlaggebend für diese Bemühungen wurden für die seit der Reformation altgläubig gebliebene Stadt die Entwicklung in katholischen Gebieten, für Schwäbisch Gmünd besonders die schulischen Fortschritte im Bereich der Abtei Neresheim und das dort praktizierte System der Normalschule.

Im Jahr 1778 beschloss der Schwäbisch Gmünder Magistrat die Einführung der Normalschule in seinem Stadt- und Landgebiet – durchaus vergleichbar mit der Volksschule klassischen Typs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – und beauftragte den an der Hausuniversität der Schwäbisch Gmünder in Dillingen an der Donau ausgebildeten Dekan Thomas Kratzer mit der künftigen Ausbildung seiner „Lehrer-Kollegen". Organisatorisch unterstand diese Lehreranstalt der „gewöhnlichen Schulkommission" Schwäbisch Gmünder Bürger und Ratsmitglieder, die für die Durchführung der in Schulangelegenheiten beschlossenen Ausführungsbestimmungen des Rates verantwortlich waren.

Die Oberaufsicht über alle Schulen und das Lehrpersonal führte die Haupt-Schulkommission aus, die sich aus dem jeweiligen Stadtpfarrer und jeweils vier Ratsmitgliedern zusammensetzte.

Der Übergang der Reichsstadt an Württemberg Ende des Jahres 1802 beendete zunächst diese rudimentären Ansätze einer eigenen Lehrerausbildung, bedeutete darüber hinaus aber auch für die Stadt Einbußen an Zentralitätsfunktionen. Besonders in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte der Handel noch einmal einen gewissen Aufschwung genommen, waren Gold- und Silberarbeiten, besonders kirchlicher Devotionalienschmuck, in alle Welt gegangen.

Ausdruck gehobenen Wohlstandes und Bürgerstolzes wurden die in den siebziger Jahren

des 18. Jahrhunderts barockisierten Klöster und Stadtpatrizierhäuser. Die im Gefolge der Französischen Revolutionskriege eintretende wirtschaftliche Depression sowie außerordentliche Kontributionsabgaben sowohl an die kaiserliche wie die französische Kriegskasse hatten das Gemeinwesen wirtschaftlich ausgehöhlt: spätestens seit 1799 war die Stadt bankrott, die Kaufmannschaft hoch verschuldet, die Arbeitslosigkeit hoch. Hinzu kamen erschwerend für den Absatz der bis dahin an erster Stelle stehenden Gold- und Silberbijouterien zwei Faktoren: Die traditionellen Hauptabsatzgebiete – Bayern und Österreich – versorgten sich nun weitgehend selbst und verboten sogar zeitweise die Einfuhr von „Gmündner Waare“ und die einsetzende Industrialisierung dieses Gewerbes – wie etwa im badischen Pforzheim oder hessischen Hanau, die dieselbe Produktpalette wie in Schwäbisch Gmünd herstellten – ging zunächst an der Stadt vorbei, die weiterhin in Kleinbetrieben für die Erfordernisse eines geschrumpften Marktes zu teuer produzierte.

Den offensichtlichen Niedergang suchte die neue württembergische Herrschaft durch erste „Strukturmaßnahmen“ zu steuern: Durch Verlegung von Militär nach Schwäbisch Gmünd sowie durch die Umwandlung des ehemaligen Dominikanerinnenklosters Gotteszell vor den Toren der Stadt in ein Frauenzuchthaus sollten der Stadt neue, wenn auch bescheidene, Verwaltungsfunktionen zuwachsen.

Aufschlussreich mutet da das sarkastische Urteil des Zeitgenossen und Bürgervertreters Jakob Dangelmaier an: „Das erste, womit man Gmünd beglücken wollte, war, die Offerte, – das weibliche Zuchthaus vollends hierher zu thun. Wofür sich aber die Stadt bedankt, weil dieses ihr nicht den mindesten Nutzen gebracht hätte. Zuletzt wurde die Artillerie-Schießstatt hierher verlegt, wodurch das Glück der hiesigen Stadt vollständig begründet wurde, indem diese Anstalt den Sommer über, – wenigstens dem schönen Geschlechte, Unterhaltung und Vergnügen verschafft, von dessen Frohseyn und Zufriedenheit am Ende doch die eigentliche Lebenswürze, sowie die Erhaltung und Fortpflanzung des menschlichen Geschlechtes abhängt.“

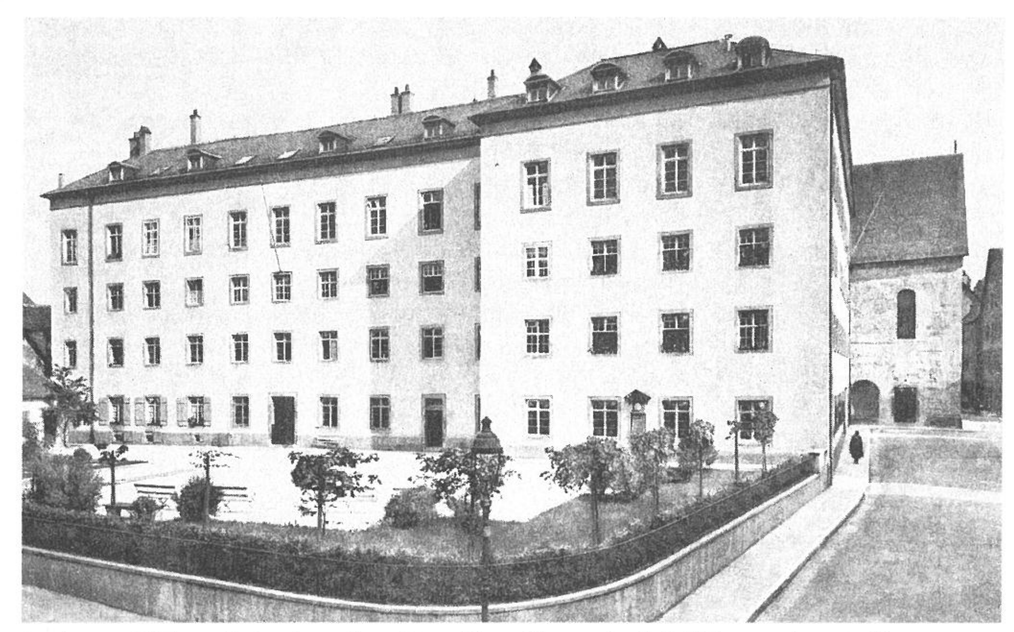
Aber auch im Schulwesen zeichneten sich in der Folgezeit Innovationen ab. Nachdem die 1810 erschienene „Generalverordnung, betr. das deutsche Elementar-Schulwesen in den evangelischen Orten des Königreichs“ grundsätzlich festgestellt hatte, dass die Lehrerausbildung Sache des Staates und nicht der Kirche sei und in der Folge im Jahr 1811 die Gründung des ersten evangelischen Schullehrerseminars in Eßlingen erfolgt war, fehlte für die katholischen Gebiete des neuen Königreiches eine adäquate Einrichtung.

Zwar hatte sich bereits im Jahr 1817 im Zusammenhang mit Verfassungsberatungen der Königlich Katholische Kirchenrat an den König mit der Bitte gewandt, ein katholisches Lehrerseminar einzurichten, doch es dauerte noch sieben Jahre, ehe dieser Plan in die Wirklichkeit umgesetzt werden konnte.

Die Oberamtsstadt Gmünd hat von Anfang an das Unternehmen unterstützt; als am 21. Juli 1822 das königliche Oberamt beim Stadtrat etwas skeptisch anfragte, „ob (denn überhaupt) ein zweckmäßiges Gebäude in Gmünd für ein Schullehrerseminar vorhanden sei“, wurde als Standort das ehemalige Franziskanerkloster ausgemacht. Nach längeren Verhandlungen wurde dort im August 1825 das Seminar eröffnet, der Landtag hatte bereits im Mai 1824 der Eröffnung zugestimmt.

Das Seminar war von Anfang seines Bestehens von Faktoren bestimmt, die in ihrer Auswirkung auf Selbstverständnis und -erkenntnis der Lehrerschaft nicht unwesentlich blieben: Die enge ideologische Verbindung zu den damals herrschenden Lehrinhalten der katholischen Kirche und die strenge, kasernenartige Erziehung im Seminar selbst, die fast jeden Kontakt nach außerhalb des Seminargebäudes verbot.

Voraussetzung für die Aufnahme in das Schullehrerseminar war der erfolgreiche Besuch



Im August 1825 wurde im ehemaligen Franziskanerkloster das Schullehrerseminar eröffnet

einer Präparandenanstalt, die in Württemberg trotz kirchlicher Lehrinhalte – wie gesagt – doch staatlicher Aufsicht unterstand. Hatte der Kandidat ein sogenanntes Aspirantenexamen absolviert, stand seiner eigentlichen Aufnahme in das Seminar, an dem die Ausbildung von 1825 bis 1866 zwei Jahre dauerte, nichts mehr im Wege.

In den „Organischen Statuten für das Katholische Schullehrerseminar Gmünd" vom 15. Januar 1825 wurden die Aufnahmepräliminarien festgesetzt: Der Kandidat musste u. a.
1. das 17. Lebensjahr zurückgelegt und das 19. Lebensjahr noch nicht vollendet
2. von Gesundheit und
3. „seinen sittlichen Charakter" mit guten Zeugnissen ausweisen.

Das Leben innerhalb des Seminars war – wie schon angedeutet – streng reglementiert, das Verhalten der Schüler in einer „Haus-, Lehr- und Disziplinarordnung vom 1. September 1825" – die zwar oftmals revidiert, aber in ihrem Kern bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts Gültigkeit besaß – festgelegt. Es verstand sich aus dem Geist dieser Disziplinarordnung von selbst, dass eigene Initiativen der Schüler beschnitten, die Zöglinge – wie sie aufschlussreich genannt wurden – sich unterwerfen mussten.

So bestimmte etwa § 29 der zitierten Ordnung: „Das Lesen müßiger und unnützer Schriften, besonders der Romane und dgl. kann nicht geduldet werden. Es ist nicht nur ein Zeitverderb, sondern befleckt auch die Phantasie und schwächt die Geisteskräfte. Derjenige, bey welchem sittenverderbliche Bücher, Kupferstiche, Zeichnungen gefunden werden, wird nachdrücklich bestraft".

Diese, dem Geist der Aufklärung diametral entgegengesetzte Disziplinarordnung, die durchaus nicht die Grundeinstellung des ersten Gmünder Rektors Dreher widerspiegelte, wurde in der Folgezeit von den der konservativen „Tübinger Schule" anhängenden Junglehrern als noch zu lasch, zu liberal bekämpft. In den dreißiger Jahren verschärfte sich der Kampf innerhalb des Lehrerkollegiums. Gmünd, so mussten sich nun die erstaunten Stadt-

väter von einem Junglehrer namens Nikolaus Minch belehren lassen, Gmünd biete den Zöglingen „jene schlüpfrigen Stufen", welche ins Verderben führen. Dass Gmünd „ein solcher Ort ist, höre ich Tausende Ja sagen".

Dem so geschmähten Gemeinwesen war es indes in den fünfziger Jahren gelungen, die langanhaltende fast ein halbes Jahrhundert andauernde wirtschaftliche Depression zu überwinden. Bei einer Bevölkerungszahl von 6200 Einwohnern verbesserten sich die ökonomischen Verhältnisse; die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten nahm zu, das Steuereinkommen etwa stieg im Zeitraum von 1856 bis 1860 bei den „Manufakturen und Fabriken" um rund 56 Prozent.

Analog zur verbesserten Wirtschafts- und Verdienstlage im Raum Gmünd nahm der Andrang zum Lehrerseminar ab, schien der soziale Aufstieg als Volksschullehrer nicht mehr so begehrenswert.

„Der Hauptgrund", so klagte in der Kammer der Abgeordnete Knapp bereits im Jahr 1842, „warum sich überhaupt noch junge Leute dem Lehrerstand zuwenden, ist die Befreiung vom Wehrdienst".

In der Folgezeit – bei gleichbleibender stabiler Konjunktur der Wirtschaft auch in Gmünd – verschärfte sich der Lehrermangel zusehends. Die Tatsache, dass etwa im Jahre 1858 ein Lehrer 35 bis 36 Jahre alt werden musste, ehe er fest angestellt werden konnte, ließen den Beruf auch in den Augen von Söhnen armer Landfamilien – bis hierhin Hauptreservoir für das Gmünder Seminar – unattraktiv werden.

Das Magazin für Pädagogik formulierte im Jahr 1857 das Problem folgendermaßen: „Solange die pekuniäre Lage der armen Lehrer noch so bedenklich ist, bleibt eine gesteigerte Seminarausbildung das gefährlichste Geschenk, das man ihnen (d. h. den Lehrern) machen kann. Bildung schafft Bedürfnisse, und man soll nur insoweit bilden, als Aussicht vorhanden ist, die dadurch hervorgerufenen Bedürfnisse befriedigen zu können".

Im Gegenzug glaubte man, es genüge, den Lehrern neue Nebenverdienste zu verschaffen etwa als Verwaltungsaktuare in den Gemeinden, in denen sie eingesetzt wurden, oder sie mit der Erledigung anderer Schreibgeschäfte ein Zubrot verdienen zu lassen. Eine gewisse Stabilisierung der Zahlen der Lehramtskandidaten wurde nach dem Jahr 1866 erreicht, als in Württemberg die Seminarzeit auf drei Jahre ausgedehnt wurde; der erweiterte Lehrplan – besonders aber der gute Zeichenunterricht – trug nicht wenig dazu bei, den Ruf des Gmünder Seminars im positiven Sinn zu beeinflussen und den Ruf als reine Paukanstalt zu verändern.

Das Ideal der „nationalen Erziehung" im zweiten Deutschen Kaiserreich machte naturgemäß auch vor den Toren des Gmünder Seminars nicht halt; dennoch lässt sich konstatieren, dass hier der Ton – zumindest unter der Lehrerschaft – nuancierter, gemäßigter war, nicht ganz so dem gängigen Klischee vom Volksschullehrer als dem „Feldwebel der Nation" entsprach. So konnte bezeichnenderweise etwa der Seminarlehrer Mager im Jahr 1893 in einer von ihm verfassten Schrift die Forderung erheben, „den Schülern an den damals üblichen patriotischen Feiertagen auch die Bestimmungen der Genfer Konvention nahzubringen".

Der strenge Lehrplan und die fast klösterliche Abgeschlossenheit haben nicht unwesentlich das Erscheinungsbild des Gmünder Seminaristen in der Bevölkerung geprägt, vom „eckigen" und „ungelenken" Lehramtskandidaten. „Dieser Eindruck wurde noch gesteigert durch die vorgeschriebene Kleidung: Überrock mit Schößen, halbhoher steifer Hut und Spazierstock. Vor allem fehlten die gesellschaftlichen Formen und dies verlor sich nie. Da sich die Seminaristen (und die späteren Lehrer) dieses Mangels wohl bewußt waren, wurden sie gegen Höherstehende noch unsicherer. Dem einfachen Mann gegenüber aber wurde zu leicht vergessen, daß wahre Bildung nicht nach dem Schulwissen beurteilt werden darf".

Lehrerinnen durften im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen bis zum Jahr 1901 auch weiterhin in rein klösterlichen Anstalten ausgebildet werden, ihre erste Dienstprüfung hatten sie aber am Lehrerseminar in Gmünd abzulegen. Per Gesetz von 1899 wurde der Lehrerinnenanteil an den württembergischen Volksschulstellen auf 8 Prozent festgelegt: Das war eben nicht viel und aus heutiger Sicht auch noch diskriminierend für die Frauen. Wie gestaltete sich nun aber das private Leben der Schulamtskandidatin vor ihrer Prüfung in der Stadt Gmünd?

Ich darf zitieren: *Die Mädchen hatten,* soweit sie nicht aus der Stadt Gmünd oder der näheren Umgebung stammten, *Kost und Wohnung bei den Barmherzigen Schwestern, erst im Mutterhaus (Bocksgasse 20), dann in St. Loreto. Ein anderer Teil wohnte bei den Franziskanerinnen in St. Ludwig.*

Beide Anstalten unterhielten ein Töchterinstitut. Die angehenden Lehrerinnen hatten sich in allem in die bestehende Hausordnung zu fügen; selbst die Anstaltskleidung mußten sie tragen. Diese bestand in langer dunkler Kleidung, einem Mäntelchen oder Krägchen, das über die Brust herabreichte, und einem einheitlichen Florentinerhut.

Jeden Tag hatten sie sich dem gemeinsamen Spaziergang der Institutinsassinnen anzuschließen. Zwei und zwei marschierte der lange Zug durch die Stadt, gefolgt von zwei Schwestern als Aufsichtspersonen.

Keine Besorgung in der Stadt durften die Kandidatinnen ohne Begleitung durchführen und auch dann nur mit Kräglein und Florentiner. Bei der Bevölkerung in der Stadt Gmünd hießen die angehenden Lehrerinnen die „Amseln", im Gegensatz zu den Seminaristen, die als „Steckenbuben" bezeichnet wurden.

Im Jahr 1913 machten die Kandidatinnen einmal den Versuch gegen diese Anstaltskleidung aufzumucken. Sie baten den Regierungsvertreter bei einem Seminardurchgang, ihnen zu gestatten, die „Kräglein" abzulegen, ferner ihnen, wie den Seminaristen, freien Spaziergang zu gewähren.

Der Regierungsvertreter Dr. Kottmann, der sonst nicht kleinlich war, holte die Meinung beider Institute ein, die negativ ausfiel. Damit war der Vorstoß der angehenden Lehrerinnen ins Wasser gefallen.

Dr. Kottmann sprach dann die Bitte aus, es bei der Aufsicht bei den Spaziergängen zu belassen, die Mädchen aber nicht gerade am Gängelband zu führen.

Erst die Revolution 1918 machte dem Kräglein und dem Florentinerhut ein Ende. Eines aber setzte Dr. Kottmann durch: Er beschaffte den Lehramtskandidatinnen veritable Frauenturnkleider.

Doch nun zurück zu den Männern: Eine gewisse Lockerung der strengen Zucht – zumindest für die oberen Klassen des Seminars – wurde, wie bereits eben angedeutet, im Jahr 1906 erreicht und als Sieg der „Emanzipation" gefeiert.

„Auch unsere pädagogischen Sprößlinge" schrieb wohlwollend ein Seminarausbilder, „suchen sich – als echte Kinder ihrer Zeit – zu emanzipieren. Es ist auch erklärlich, wenn Leute von 17 bis 20 Jahren . . . sich der drückenden Enge des Internatslebens auf erlaubte Weise teilweise zu entledigen suchen. Die Zöglinge des Lehrerseminars in Gmünd haben nämlich die Bitte an die katholische Oberschulbehörde gerichtet, ihnen freien Spaziergang zu gewähren d. h. Spaziergang ohne Beaufsichtigung . . ."

Im Prinzip änderte sich jedoch wenig. Der Kontakt Stadt – Seminar blieb auch in der Folgezeit gering, obwohl die revidierte Disziplinarordnung von 1911 den Schülern erlaubte, „wöchentlich einmal nach dem Abendessen mit oder ohne Begleitung eines Lehrers ein bestimmtes Gasthaus am Ort aufzusuchen". Dennoch blieb es Usus, dass selbst die aus der Stadt gebürtigen Seminaristen wie die anderen im Seminar wohnen und essen und auch

selbst ihre Wäsche besorgen mussten. Selbst ein Besuch zu Haus war streng verboten. „Jedem Zögling war ausdrücklich untersagt, sich etwas Eßbares schicken zu lassen. Hatte die Mutter der Wäsche etwas Obst, Schokolade, Kuchen oder Rauchfleisch beigepackt, so wurde dieses abgenommen und einem Obdachlosenheim zugewiesen".

Sonst aber zeigte die „Anstalt" – wie sie von den Seminaristen und der Bevölkerung gleichermaßen genannt wurde – das altgewohnte Bild: Ablauf des Tagesprogramms nach dem Sekundenzeiger der Uhr; Spaziergänge unter Aufsicht eines Lehrers; strengste Abgeschlossenheit nach außen, weder Zeitung noch Zeitschriften wurden gehalten. Dazu ein Beispiel, das der spätere Schwäbisch Gmünder Archivar Albert Deibele überliefert hat, der selbst Schüler des Seminars gewesen war:

„1904 war Besichtigung der Anstalt durch die Oberschulbehörde, bei welcher die Schüler ihre Wünsche persönlich beim Regierungsvertreter vorbringen durften. Als Sprecher . . . bat ich Regierungsrat Dr. Wahl uns zu gestatten, das „Katholische Sonntagsblatt" zu halten, da wir von der Welt draußen gar nichts erfahren würden. Unser Hausvater nahm mir meine Bitte sehr übel."

Ohne Zweifel wirkten sich die Folgen des Ersten Weltkrieges auf Struktur und Hierarchie – aber auch auf das Selbstverständnis – des Gmünder Seminars nachhaltig aus. Die von den Fronten zurückkehrenden Soldaten waren nicht mehr gewillt, den paramilitärischen Zwang im Seminar weiter zu ertragen.

„Enttäuscht, mit zerbrochenen Idealen, vielfach mit politisch radikalem Gedankengut durchsetzt und vom Taumel der Revolution erfaßt", forderten sie provokativ „mehr Freizeit, Aufhebung der schriftlichen Arbeiten und des Rauchverbots, das Recht zur freien politischen Meinungsäußerung".

Dass diese Forderungen nur teilweise durchgesetzt werden konnten und eine weitergehende Politisierung des Seminars ganz unterblieb, war zum größten Teil Ausfluss der einsetzenden allgemeinen Arbeitslosigkeit und dem Zwang des Staates, deshalb auch bei den Schulen zu sparen. Die Zahl der ausgebildeten Junglehrer, die keine Stelle bekamen, stieg sprungartig an, sodass viele fünf und mehr Jahre auf Anstellung warten mussten. In den Jahren 1921 und 1922 wurde der Zugang zum Lehrerseminar völlig gesperrt, 1923 und 1924 nur eine begrenzte Zahl von Seminaristen aufgenommen.

Obwohl die Weimarer Verfassung in Artikel 143 Abs. 2 bestimmt hatte: „Die Lehrerausbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln", ist ein Schulreichsgesetz niemals erlassen worden; eine Denkschrift des württembergischen Kultusministeriums von 1929, die die Umwandlung des Seminars in eine pädagogische Akademie vorsah, einer Akademie mit „mehr studentenmäßigem Anstrich, namentlich mehr Freiheit", wurde von der Allgemeinheit kühl aufgenommen. Der Industrie- und Handelstag und die Landwirtschafts- und Handwerkskammern lehnten in einer Stellungnahme die „Akademisierung der Volksschullehrerbildung" ab, die Universität Tübingen warnte nicht ganz uneigennützig ausdrücklich vor der Schaffung „hochschulartiger Zwerggebilde" und so verschwand dieser Plan von der Bildfläche, es blieb alles beim alten.

In der mehr als hundertjährigen Geschichte war das Faktum, ein Lehrerseminar am Ort zu haben, trotz weitgehend vom Seminar unterbundener Kontakte zwischen Stadt und Schule durchaus in das Bewusstsein der Gmünder Bevölkerung eingedrungen. Pläne zur Auflösung der Anstalt – man dachte daran, eine Lehrerhochschule für das gesamte Land in Eßlingen einzurichten – wie auch die Weigerung des Rektors, seinen Posten zu räumen, führten in der Bevölkerung zu einer Ablehnung des Nationalsozialismus, dem diese „Auflösungspolitik" angelastet wurde. Vergeblich suchten Stadt und Seminar in einer Denkschrift die beschlos-



Die letzten Gmünder Seminaristen – Teilnehmer des Kurses 4, die schließlich im März 1936 am Lehrerseminar in Rottweil ihre Prüfungen ablegten.

sene Verlegung zu verhindern; Argumente für das Verbleiben des Seminars in der Stadt suchte man vornehmlich zuerst im wirtschaftlichen Bereich und verwies daraufhin, dass die Stadt als einzige in Württemberg zum Notstandsgebiet erklärt sei: Ein Abzug des Seminars bedeute deshalb eine weitere wirtschaftliche Einbuße. Als dennoch die letzten Seminaristen Gmünd verlassen mussten, „hat (das) damals in der Bürgerschaft tiefe Erregung ausgelöst. Als die Seminaristen am Abend des 9. Februar 1934 von hier fortzogen, begleitete sie eine große Menschenmenge auf den Bahnhof".

Der Neubeginn der Schwäbisch Gmünder Lehrerbildungsanstalt ist auf den 13. Dezember 1945 anzusetzen, als das Kultusministerium die Wiedereröffnung in Schwäbisch Gmünd anordnete.

Schlagwortartig seien hier nur die wichtigsten Etappen genannt: Am 1. April 1951 wurde die Gmünder Anstalt aufgeteilt. Das seit 1947 Pädagogische Institut genannte Oberseminar wurde verselbständigt, das Unterseminar in eine staatliche Oberschule umgewandelt, nachdem bereits 1948 die Ausbildungszeit auf sechs Jahre ausgedehnt worden war. Wegen Platzmangels bis 1957 war das Landeswaisenhaus im selben Bau wie das Institut untergebracht – Unsicherheit in den Zielvorstellungen über die künftige Lehrerausbildung und der schwankende Status zwischen Fachschule und weiterführendem Gymnasium ließen das modifizierte Modell „eigentlich nur als Zwischenstufe" für eine künftige Lehrerakademie erscheinen.

Dauernden Anstoß in der Lehrerschaft wie unter den Studenten erregte, dass es zwar die akademischen Formen der Vorlesung und Übungen gab, aber sonst noch immer das Ideal des Allround-Volkschullehrers vorherrschte. In Ausführung des 1958 beschlossenen Lehrerbildungsgesetzes wurde deshalb im Jahr 1962 die Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd gegründet, 1964 die Ausbildungszeit auf fünf, ab dem Jahr 1965 auf sechs Semester festgelegt, ferner die Zahl der Prüfungsfächer erheblich gesenkt. Mit dem Gesetz über die



Das 1902/05 von Oberbaurat Beger errichtete Lehrerseminar an der Lessingstraße

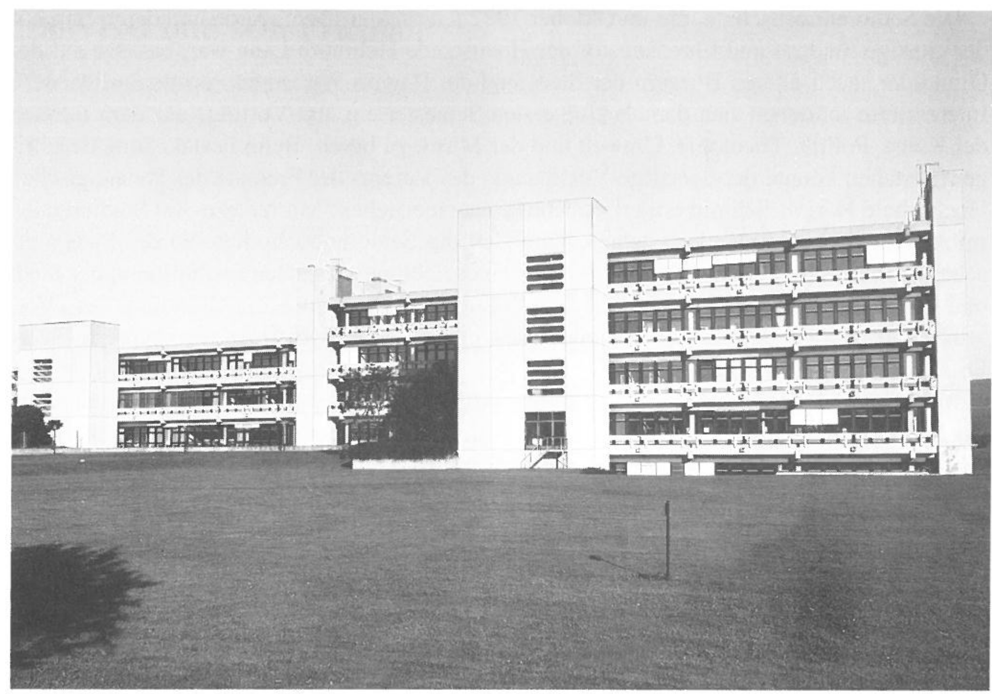
Rechtsstellung der Pädagogischen Hochschule wurde 1971 als Endpunkt dieser Entwicklungskette die Gleichstellung mit den wissenschaftlichen Hochschulen erreicht, ab 1977 besitzt die Pädagogische Hochschule auch das „Königsrecht" jeder wissenschaftlichen Hochschule, ihren wissenschaftlichen Nachwuchs selbst promovieren zu können.

Hier ist nun Zeit und Platz, über die Domizile zu reden, die das Lehrerausbildungsinstitut in der Stadt Schwäbisch Gmünd eingenommen hat.

Das ehemalige Franziskanerkloster im Herzen der Altstadt und verschiedene Dependancen dienten bis zur Jahrhundertwende als Ausbildungsstätte. In mehreren Umbau- und Ausbauphasen diente der ehemalige Klosterkonvent in seiner Endzeit im Jahr 1904 110 Schülern als geistiges und reales Zuhause. Die Zustände waren für heutige Begriffe katastrophal. In einem sogenannten Kleinen Schlafsaal waren 20 Schüler untergebracht, im Großen Schlafsaal pferchte man sozusagen die restlichen 90 Schüler ein. Hier einige Kostproben über das Leben in diesen Räumen von einem dort untergebrachten späteren Lehrer:

„Im Waschraum neben dem Kleinen Schlafsaal stand ein großer mit Blech beschlagener Tisch, auf welchem etwa gleichzeitig 20 Zöglinge ihre Waschbecken aufstellen konnten. Die Schränke standen auf den Gängen und waren vollgebeigt mit Körben, Koffern und Schachteln. Die Arbeitszimmer waren ganz ungeeignet. Die Lehrzimmer waren düster und unbehaglich. Der Speisesaal lag in der Nordwestecke des Erdgeschosses. Wir benützten ausschließlich Zinngeschirr, das teilweise noch vom alten Kloster gestammt haben dürfte. Auf jedem Tisch stand ein kleiner Topf mit Wasser. Darin wurde das Besteck angefeuchtet, dann am Mundtuch abgewischt und abgetrocknet. Wie dieses nach kurzer Zeit aussah, kann man sich denken, besonders wenn es farbenfrohe Speisen gab . . .".

Mit dem in den Jahren 1902/05 von Oberbaurat Beger errichteten neuen Lehrerseminar an



Die Pädagogische Hochschule – ein Zweckbau der siebziger Jahre

der Lessingstraße setzte man neue städtebauliche Akzente im noch weitgehend unbebauten Westen der Oberamtsstadt, etwa zeitgleich auch mit der Errichtung des heutigen Parlergymnasiums. Aber auch in diesen Räumen wollte die Kritik nicht verstummen. Dazu noch einmal unser Gewährsmann: „Das neue Seminar an der Lessingstraße, das im Herbst 1905 bezogen wurde, war für 105 Zöglinge eingerichtet, aber in manchem unpraktisch gebaut. Da seine Hauptfront gegen Norden gerichtet war, bekamen die meisten Arbeits- und Unterrichtsräume kaum einmal Sonne."

Heute – im Rückblick – stellt sich das wie ein barockes Schloss gestaltete Alte Lehrerseminar an der Lessingstraße trotz dieser anscheinenden Mängel für den Schulbetrieb als wertvolles Zeugnis des damals herrschenden Historismus dar. Seine architekturgeschichtliche Bedeutung, so ein Kenner der Materie, „ergibt sich aus der beispielhaften Synthese unterschiedlicher Architekturströmungen und bildet damit ein wertvolles Zeugnis der erneuten Wiederaufnahme historischer Bauformen zu Beginn des 20. Jahrhunderts in unserer Stadt".

Soweit kann man bei der Beschreibung der Bauformen der in den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts errichteten neuen Pädagogischen Hochschule am Ortseingang von Oberbettringen nicht gehen, immerhin ist der in nüchternen Formen gehaltene Zweckbau das was er sein soll: nämlich ein Zweckbau.

Mustert man heute die Beziehungen zwischen Hochschule und der Stadt, in der sie nun fast 175 Jahre Quartier hat, so ist festzustellen, dass sich das Verhältnis in den letzten Jahrzehnten intensiviert hat, die Hochschule heute durch ihr wissenschaftliches und kulturelles Angebot – man denke etwa nur an die Seniorenhochschule – und andere Kontakte – etwa über die Freunde der Pädagogischen Hochschule – enge Beziehungen zur Bevölkerung in der Stadt hergestellt hat.

Die Seniorenhochschule, die im Oktober 1982 feierlich eröffnet wurde und deren Initiator der einstige Stadtrat und Ehrensenator der Hochschule Hellmuth Lang war, basierte auf der Grundidee, auch älteren Bürgern der Stadt und der Region Wissen zu vermitteln. Rund 70 Interessierte schrieben sich damals zum ersten Semester ein, um Vorträge aus dem Bereich der Kunst, Politik, Theologie, Umwelt und der Musik zu hören. Beim Festakt zum 10-jährigen Bestehen konnte der damalige Vorsitzende des Vereins der Freunde der Pädagogischen Hochschule Hariolf Schmid ein erfreuliches Resumee ziehen: Mit nahezu 300 Studierenden im Alter zwischen 65 und 93 Jahren hatte sich die Seniorenhochschule an der Pädagogischen Hochschule in Schwäbisch Gmünd zu einer richtungweisenden Institution in der Stadt und ihrer Umgebung entwickelt. Von hier und da ging dann auch die Gründung des „Verbunds europäischer Seniorenhochschulen" aus, eine Idee des damaligen Oberbürgermeisters Dr. Schuster.

Im September 1998 trafen sich daraufhin im Kongresszentrum der Stadt im Stadtgarten der Weltkongress der Seniorenuniversitäten aus 35 Ländern der Welt. OB Dr. Rembold aus Schwäbisch Gmünd wies in seinem Grußwort an den Kongress darauf hin, dass die Seniorenuniversität vor Ort – aus einer großartigen Idee geboren – sich zu einer festen Komponente innerhalb des kulturellen Lebens in der Stadt entwickelt habe, und Rektor Prof. Dr. Wespel betonte vor allem die Rolle der älteren Studenten – der Senioren – an der Pädagogischen Hochschule, die den Studienalltag durch Lebenserfahrung und Abgeklärtheit bereicherten.

Die Campus-Hochschule am westlichen Eingang des Ortsteils Bettringen hat sich – so ihr ehemaliger Rektor Professor Dr. Reinhard Kuhnert in einem jüngsten Beitrag zur Ortsgeschichte Bettringens – „langsam, aber stetig wachsend entwickelt. Die Existenz der Pädagogischen Hochschule wird zunehmend" – ich darf hinzufügen: von der Gesamtbevölkerung der Stadt – „wahrgenommen, ebenso ihre Angebote".

* Vortrag zum 175-jährigen Jubiläum am 16. Mai im Festsaal der Alten PH in der Lessingstraße

Quelle

A. Deibele, Die Lehrerbildung in Schwäbisch Gmünd in den Jahren 1825–1962, 3 Bände, Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd 1962.

Der vorliegende Aufsatz ist die erweiterte Form von K. J. Herrmann, Die Hochschulen und ihre Städte am Beispiel der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd. In Gmünder Studien 2 (1979), 147–156 mit Anmerkungen.

einhorn Jahrbuch

SCHWÄBISCH GMÜND 2000





Einhorn-Verlag Eduard Dietenberger GmbH Schwäbisch Gmünd

einhorn-Jahrbuch Schwäbisch Gmünd
27. Jahrgang / 2000
Gegründet von Eduard Dietenberger

Redaktion: Ulrich Stegmaier
Für Anzeigen verantwortlich: Gerhard Nagel
Gesamtherstellung: Einhorn-Druck GmbH Schwäbisch Gmünd

ISSN 0723-0877
ISBN 3-927654-84-1

BILDNACHWEIS

Archiv Einhorn-Verlag S. 6, 33, 35, 37, 39, 41, 91, 96, 99, 159, 161, 181, 205, 207, 209, 211
Stadt Schwäbisch Gmünd, Presseamt S. 9, 12, 13, 14, 15, 17, 19, 20, 22, 23, 24, 26, 27, 29, 30, 31
Stadtarchiv S. 45, 46–50 (Repro Michael Schwarz), 144, 145, 150, 155, 160
Museum für Natur & Stadtkultur S. 53, 54, 55, 56, 127, 129, 131, 132, 133, 134, 137, 138, 165
Hermann Hänle S. 58, 59
Archiv Staatliches Realschulseminar S. 63, 64
Schnappschuß GmbH S. 68, 72
Foto Schweizer S. 69, 73, 76
Privat S. 78, 79, 123, 147
Johannes Schüle S. 3, 81
Bauordnungsamt S. 166, 167
Theo Zanek S. 168, 169, 170
Ingrid Irion S. 175, 183, 189, 193, 196
Gerhard Nagel S. 202, 203, 204, 212, 216
Walter Laible S. 214

Umschlagfoto: Blick über das neuerbaute Kloster der Franziskanerinnen der ewigen Anbetung an der Bergstraße zu den die Altstadt überragenden Johanniskirche und Münster. Foto: Eduard Stanzel.